



Alle Folgen im Überblick

15. April:
Interview: Wolfgang Reinbold zur Offenburger Rolle.

18. April:
Keine Ausnahme: Offenburg war eine Nazi-Hochburg.

22. April:
Zwangsarbeit: Unternehmen in Kriegszeiten.

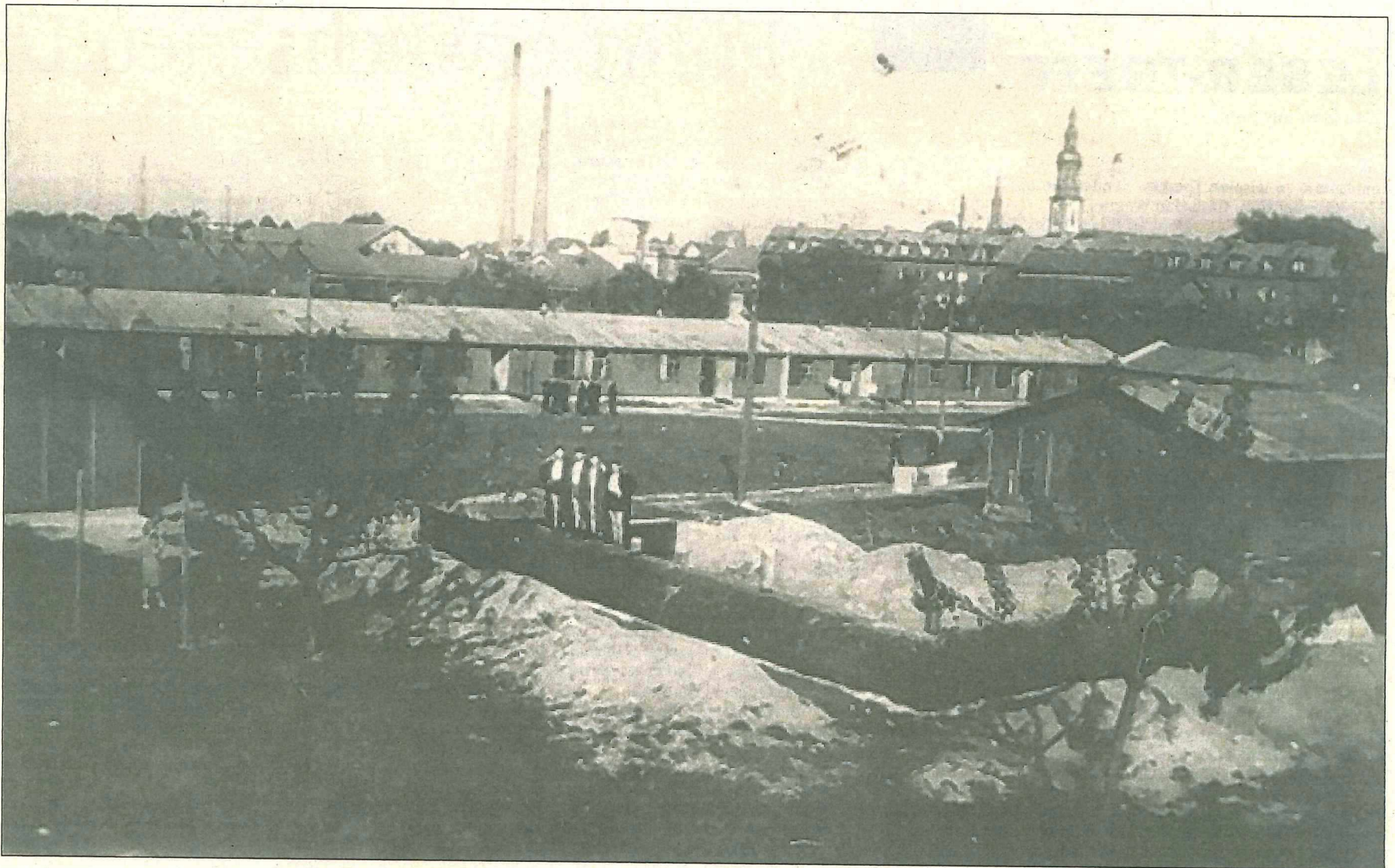
25. April:
Frauen: Wie sie mit dem Kriegsaltag klarkamen.

29. April:
Kriegsschäden: Der Luftangriff und weitere Angriffe.

2. Mai:
Mord: Kurz vor Kriegsende gab es noch ein Massaker.

6. Mai:
Besatz: Plünderungen nach dem 15. April.

9. Mai:
Wirtschaftswunder: Wachstum und Städtepartner.



Um die Wirtschaft während des Zweiten Weltkriegs aufrechtzuerhalten, mussten auch in Offenburg Zwangsarbeiter schuften. Dieses Foto zeigt ein Zwangsarbeiterlager auf der Kronenwiese, im Hintergrund die Schornsteine und die Werkswohnungen von Spinnerei und Weberei und die Kreuzkirche. Foto: Stadtarchiv

Wirtschaft als Mittel zum Kampf

OT-Serie zu „75 Jahre Ende Zweiter Weltkrieg“ (3): Wolfgang Reinbold, designierter Leiter von Museum und Archiv, schildert, wie die Offenburger Unternehmen zu Kriegszeiten arbeiteten – und welches Unrecht den Niedergang nicht aufhalten konnte.

VON WOLFGANG REINBOLD

Offenburg. „It's the economy, stupid!“, frei übersetzt: „Auf die Wirtschaft kommt es an, Dummkopf!“ – dieses berühmte Statement von Bill Clintons Wahlkampf-Strategie James Carville könnte zunächst oberflächlich auch die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik gleich nach der Machtergreifung 1933 überschreiben. Eine massive Investitionspolitik der öffentlichen Hand sollte für einen spürbaren Rückgang der Arbeitslosigkeit sorgen. Allerdings spielten Fragen etwa nach zu hoher Staatsverschuldung keine Rolle.

Diese Ausweitung der Investitionen standen in krassem Gegensatz zur Reichspolitik der Präsidialkabinette am Ende der Weimarer Republik, die insbesondere den Städten und Gemeinden Investitionsmöglichkeiten entzogen hatte. Gleichzeitig wurde jedoch die „Volksgemeinschaft“ beschworen, was immer auch hieß, dass Menschen nicht dazugehörten: Juden, Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Kommunisten, Regimekritiker, Intellektuelle, Behinderte – die Liste ließe sich fortsetzen.

Das ganze Ausmaß des ideologisch motivierten NS-Sklavensystems, das auf radikalem Antisemitismus, Rassismus, Nationalismus und antiliberalen sowie antidemokratischen Prinzipien beruhte, wurde vielen erst sehr viel später bewusst.

Zunehmende Aufrüstung

Die Wirtschaftspolitik der Nazis stand von Anfang an unter nationalen und staatsdirigistischen Vorzeichen: Man darf den Nationalsozialismus also durchaus wörtlich nehmen. Dazu gehörten drei Säulen: Arbeitsbeschaffung, Streben nach Autarkie und zunehmend die Wiederaufrüstung. Offenburg stand 1933 im

Vergleich mit den 19 badischen Städten mit über 10000 Einwohnern gar nicht so schlecht da. Jeder vierte Arbeitsfähige war von kommunaler Fürsorge oder vom Arbeitsamt abhängig, das machte 1000 Arbeitslose bei 18000 Einwohnern – die geringste Erwerbslosenquote nach Freiburg, Lörrach und Konstanz.

Warum das so war? Die Reichspost und die Bahn mit Betriebswerk und modernem Ausbesserungswerk größter Arbeitgeber in der Stadt sorgten dafür, dass jeder achte Haushalt ein Beamtenhaushalt war. Hinzu kam die Flexibilität klein- und mittelständischer Betriebe: genannt seien beispielhaft Spinnerei & Weberei, die Kronenbrauerei, August Müller & Co, die Glas- und Email-Industrie. Kleingewerbetreibende und weit über 600 Handwerker sorgten für ein wenn auch bescheidenes Auskommen.

Die reichsweit propagandistisch als „Arbeitsschlacht“ begleitete Investitionspolitik sorgte auch in Offenburg für Investitionen in Straßen, Instandsetzungen, Gas- und Wasserleitungen, auch in den Bau eines Schwimmbads. Es entstanden die Exerzierplatzsiedlung in Hildboltsweiler und die Uhlgrabensiedlung. Steuernachlässe, zinsgünstige Darlehen und Reichszuschüsse für das Bauhandwerk belebten die Konjunktur.

Der reichsweite Aufschwung ging bis 1936 an Offenburg wegen der „Grenzlandlage“ vorbei.

Allerdings ging der reichsweite Aufschwung bis 1936 an Offenburg vorbei. Die sogenannte „Grenzlandlage“ zu Frankreich – nach 1945 zunehmend ein riesiger Vorteil für Offenburg – sorgte dafür, dass

militärstrategische Aufträge der Reichswehr nicht vergeben werden durften. Diese Aufträge waren im übrigen Reich ein Katalysator des Aufschwungs. Frank Gausmann, auf dessen Aufsatz sich dieser Artikel stützt, schrieb dazu: „War es in den 1920er-Jahren der mit dem Versailler Vertrag geregelte Verlust Elsass-Lothringens, der für die badische Wirtschaft althergebrachte ökonomische Verbindungen und damit Standortnachteile gebracht hatte, war es nun der ‚Grenzlandcharakter‘ des Südweststaates aus militärischer Perspektive, der eine gleichberechtigte Teilhabe der Offenburgers Wirtschaft an der schon bald durch den Rüstungsboom initiierten fulminanten reichsweiten Wirtschaftsentwicklung behinderte.“

Als am 7. März 1936 Truppen der Wehrmacht in die entmilitarisierte Zone einmarschierten, folgte ein Wirtschaftsauf-

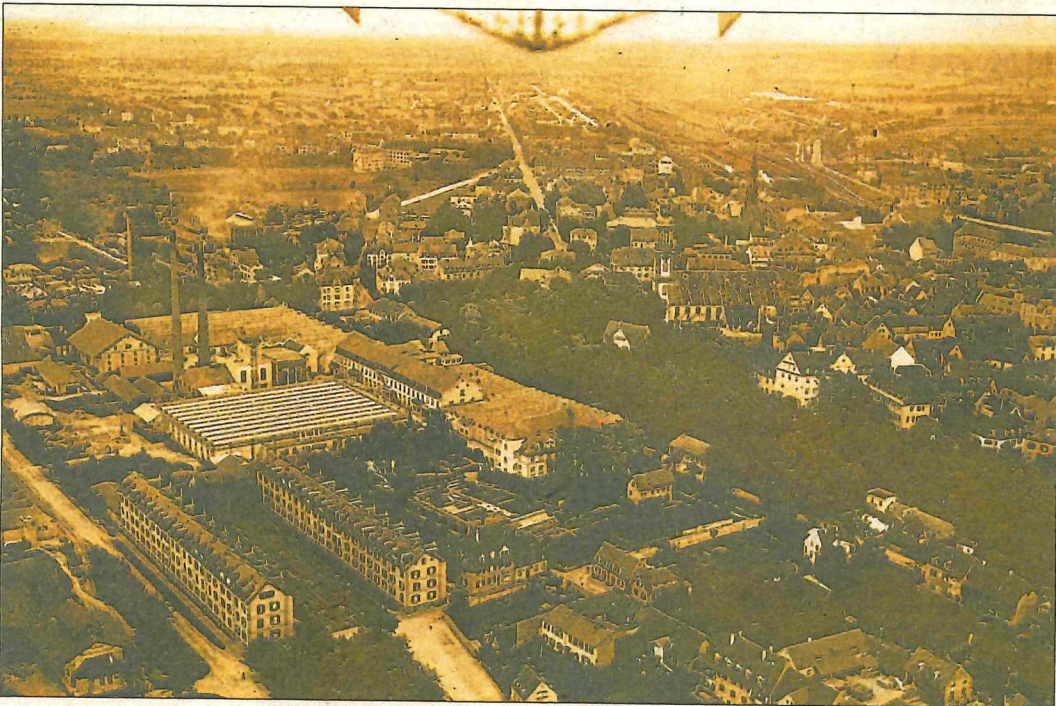
schwung. Vier Fünftel aller öffentlichen Aufträge im Reich gingen nun von der forcierten Aufrüstung aus. Stahlbau Müller und die Maschinenfabrik K. Martin profitierten von dieser Entwicklung. Durch die fulminante Ausweitung der Kriegswirtschaft ab 1941/42, als der deutsche Vormarsch vor Moskau zum Stillstand gekommen war und die Strategie des Blitzkriegs in der Sowjetunion eben nicht mehr funktionierte, kam es auch in Offenburg zu einem Mangel an Arbeitskräften.

Der Mangel war Alltag

Der völkerrechtswidrige Einsatz von Kriegsgefangenen bis hin zur Zwangsrekrutierung von Zivilisten aus Ost und West, ganz am Schluss der massenhafte Einsatz von KZ-Häftlingen konnten dies nur teilweise ausgleichen. Es kam zu allgemeinen Schließungsaktionen und zur Einschränkung des Konsumgüterbereichs. Die Unterversorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Kleidung, Unterwäsche, Schuhen, Haushaltsgeräten oder Bettwäsche gehörte nun zum Alltag. Dramatische Versorgungsengpässe, die gegen Ende des Ersten Weltkriegs den Menschen zusetzten, konnten mit Hilfe des umfassenden Rationierungssystems vermieden werden.

Als am Kriegsende die Wirtschaft ruiniert war, Europa verwüstet und ausgeplündert darniederlag, der von Nazi-Deutschland entfesselte Krieg über 60 Millionen Tote und unzählige Verwundete und Trauernde hinterlassen hatte, war klar: Der NS-Elite und Teilen der national-konservativen Elite war es nie um die Wirtschaft gegangen. Sie wollten erobern, töten und vernichten.

LESEN SIE AM SAMSTAG: „Soldaten der Arbeit“. Wie die Frauen in Offenburg mit dem Alltag während des Kriegs klarkamen.



Auf diesem Luftbild ist das damalige Gelände von Spinnerei und Weberei zu sehen. Das Foto hat der Offenburger Alfred Rubi, der im Krieg auch Pilot war, aufgenommen. Archivfoto

Arisierung und Anpassung an das NS-Regime

Burda und die Spinnerei

Im Zuge der Arisierung jüdischer Unternehmen übernahmen der Karlsruher Verleger Karl Fritz und der aufstrebende Druckereibesitzer Franz Burda die Mannheimer Druckerei der Gebrüder Bauer. Es war die umfangreichste und bedeutendste Arisierung aus Offenburger Sicht. Burda ließ sich später, als die Radiozeitschrift „Sürag“ nicht mehr gedruckt werden konnte, zum Kartografen ausbilden, so dass seine Druckerei hochwertige Karten für die Heeres-Plan-kammer und später für das Oberkommando der Luftwaffe herstellen und drucken konnte.

Die Spinnerei & Weberei hatte 1000 Beschäftigte. Textil- und Bekleidungshersteller zählen zur Konsumgüterindustrie und litten unter der Rohstoffbewirtschaftung des staatskapitalistischen Systems im Dritten Reich. So musste etwa die Wochenarbeitszeit auf 36 Stunden heruntergesetzt werden. Direktor Wilhelm Bauers außerordentlichem technischen und betriebswirtschaftlichen Sachverstand war es zu verdanken, dass die Spinnerei bis Kriegsbeginn einen kontinuierlichen Aufwärtstrend verzeichnete. Auch schaffte er es sehr schnell, sich an die Vorgaben des NS-Regimes anzupassen.



Franz Burda druckte auch Karten für die Luftwaffe. Archivfoto: Hubert Burda Media